



11.10.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am Montag hat sich der terroristische Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel und die israelische Zivilbevölkerung zum ersten Mal geäußert. Die Terroristen verübten barbarische Verbrechen an unschuldigen Menschen, an Frauen und Kindern. Sie mordeten, vergewaltigten und verschleppten Menschen auf bestialische Art und Weise. Allein auf einem Musikfestival, wo viele Menschen friedlich feierten, wurden hunderte Menschen niedergemetzelt. Auch ein Jahr später befinden sich immer noch über 100 Geiseln in der Gewalt der Hamas, sind von ihren Angehörigen getrennt und müssen unvorstellbare Qualen erleiden.



Meine Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen dieses schrecklichen Verbrechens. Überall muss das Leid der Zivilbevölkerung ein Ende finden. **Vor allem aber müssen alle Geiseln endlich aus der Gewalt der Terroristen freigelassen werden.** Wir dürfen nichts unversucht lassen, um einen Waffenstillstand zu erreichen und eine Friedensperspektive zu entwickeln. Es ist gut und richtig, dass wir uns gemeinsam mit unseren Partnern für die Vermittlung eines sofortigen Waffenstillstandes einsetzen. Wir müssen diplomatisch nichts unversucht lassen, damit das Leid der Zivilbevölkerung sowohl in Israel als auch in Gaza und dem Libanon endlich ein Ende findet.

Am Montag hat unser bisheriger Generalsekretär Kevin Kühnert bekanntgegeben, dass er aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten muss und im kommenden Jahr auch nicht erneut für den Bundestag kandidieren wird. Ich bin Kevin für seine geleistete Arbeit sehr dankbar und habe größten Respekt vor seiner Entscheidung. Ich freue mich sehr, dass wir schnell gehandelt haben und mit meinem Kollegen Matthias Miersch, der im April

noch in Wetzlar zu Gast war, einen sehr guten Nachfolger gefunden haben, der jetzt alles dafür tun wird, dass wir gut gerüstet in die kommende Bundestagswahl gehen werden.

Gestern gab es einen historischen Moment im Deutschen Bundestag. Meine Kollegin Heike Heubach hat ihre erste Rede im Plenum gehalten. Und das war nicht nur für sie persönlich ein historischer Moment. Denn Heike war die erste, die eine Rede in Gebärdensprache im Bundestag gehalten hat. In Ihrem Plädoyer für mehr Klimaschutz durch nachhaltiges Bauen hat sie ihre Expertise deutlich gemacht, die durch Gebärdendolmetscher übersetzt wurde. Ein großes Zeichen für mehr Inklusion und ein starkes Signal an alle: Denn trotz Einschränkungen kann man durch Unterstützung erfolgreich sein und Ziele erreichen. Das macht unsere Gesellschaft aus! [\(Hier geht es zu ihrer Rede\)](#)

Unsere Demokratie wird jeden Tag angegriffen. Von außen und von innen. Das Bundesverfassungsgericht ist für unseren Rechtsstaat als Garant der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unverzichtbar geworden. Mit einem fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf wollen wir die Handlungsfähigkeit des höchsten Gerichts im Grundgesetz absichern und es damit gegen Angriffe antidemokratischer und illiberaler Kräfte, wie sie in Polen oder Ungarn schon erfolgt sind, absichern. Hierzu haben wir in dieser Woche einen Gesetzesentwurf in erster Lesung beraten.

Wir wollen die grundlegenden Strukturen des Bundesverfassungsgerichts, die bislang nur einfachgesetzlich geregelt sind, in das Grundgesetz aufnehmen, damit diese nur mit Zweidrittelmehrheit abgeändert werden können. Dabei handelt es sich um den Status des Gerichts, die Amtszeit der Richterinnen und Richter (12 Jahre) und ihre Altersgrenze (68 Jahre), den Aufbau mit zwei Senaten mit je acht Richterinnen und Richtern, Ausschluss der Wiederwahl nach 12 Amtsjahren, die Fortführung der Amtsgeschäfte bis zur Wahl der Nachfolge, die Bindungswirkung der Entscheidungen des Gerichts und die Geschäftsordnungsautonomie.

Darüber hinaus schaffen wir im Grundgesetz eine Öffnungsklausel für den Fall, dass bei der Wahl in einem Wahlgremium (Bundestag bzw. Bundesrat) keine Mehrheit für Kandidierende zustande kommt. Wir regeln in einem Gesetz, dass das Wahlrecht im Falle einer Blockade in einem Wahlorgan nach einer bestimmten Frist vom anderen Wahlorgan ausgeübt werden kann. Leider machen die Entwicklungen der letzten Jahre diesen Schritt notwendig.

Wir haben in dieser Woche zwei weitere Reformen im Gesundheitsbereich auf den Weg gebracht. Zum einen haben wir uns in dieser Woche abschließend innerhalb der Koalition auf die Krankenhausreform geeinigt, sodass diese in der kommenden Woche im Bundestag verabschiedet werden kann. Wir sorgen für mehr



Qualität in den Kliniken. Das bedeutet: Die Krankenhäuser steigen endlich aus dem "Hamsterrad" der sogenannten Fallpauschalen aus. Damit wird der ökonomische Druck aus dem System genommen, indem wir durch Vorhaltepauschalen Leistungen dort finanzieren, wo sie gebraucht werden und nicht wie bisher dort wo sie sich finanziell rechnen. Dadurch wird die Qualität der Behandlungen verbessert, denn Krankenhäuser bieten nur das an, was sie am besten können - Patientinnen und Patienten können sich darauf verlassen, dass ihre Behandlung wirklich nötig ist und gut gemacht wird. Damit kleinere Krankenhäuser in ländlichen und strukturschwachen Regionen erhalten werden, erhöhen wir Zuschläge für diese Häuser und zahlen für bestimmte Fachabteilungen - wie zum Beispiel Kinderstationen - zusätzliche Gelder. Anschließend kann das Gesetz im November Gesetz abschließend beraten werden. Ich hoffe sehr, dass die Bundesländer den Handlungsdruck erkennen und zustimmen werden.



Zudem haben wir in dieser Woche die Notfallreform in erster Lesung beraten. In medizinischen Notfällen ist schnelle Hilfe entscheidend. Grundsätzlich verfügt Deutschland über eine funktionierende Akut- und Notfallversorgung sowie über ein gut aufgestelltes Rettungswesen. Dennoch könnten die einzelnen Stellen besser vernetzt und die Patientensteuerung effizienter sein. In Krankenhäusern sind Notaufnahmen oft überlastet, weil sie auch Hilfesuchende mit akuten Beschwerden versorgen, die kein Notfall sind. In vielen Fällen wäre diesen Personen durch ein Arztgespräch, die Einnahme von Medikamenten oder die Vermittlung eines Praxistermins geholfen. Deshalb wollen wir „Integrierte Notfallzentren“ (INZ) an Kliniken einrichten, die über solche Fälle entscheiden und Hilfe anbieten. Hilfesuchende sollen dort außerhalb der Sprechzeiten von Arztpraxen – also etwa abends, am Wochenende oder an Feiertagen – eine medizinische Erstversorgung, Medikamente oder eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung erhalten. Für Kinder und Jugendliche wird es spezielle Zentren an ausgewählten Orten geben. Dadurch werden die Notaufnahmen deutlich entlastet, was mehr Zeit und Kapazitäten für lebensbedrohliche Notfälle bedeutet.

Und wir setzen etwas um, was im Lahn-Dill-Kreis vor einigen Jahren schon hervorragend funktioniert hat, aber leider aus gesetzlichen Gründen aufgegeben wurde: Die Vernetzung des ärztlichen Notdienstes (116117) mit der Notfallnummer 112. Hier kann jetzt zwischen beiden Nummern übermittelt werden, sodass häufiger der ärztliche Notdienst bei leichteren Notlagen übernehmen kann. Damit können Notrufeinsätze, die nicht unbedingt notwendig sind, in Zukunft vermieden und der Notdienst insgesamt entlastet werden.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt